



Alexander Hoffmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Jakob-Kaiser-Haus, Zi. 3.419
Telefon (030) 227 – 75 557
Telefax (030) 227 – 76 529
E-Mail: alexander.hoffmann@bundestag.de
Internet www.alexander-hoffmann.org

IG Metall Würzburg
Randersackerer Straße 33
97072 Würzburg

(per E-Mail an:
norbert.zirnsak@igmetall.de)

Berlin, 6. April 2020
aho/md

Zu Ihrem Offenen Brief vom 27.03. zur Kurzarbeitergeld- Regelung angesichts der Corona-Virus-Krise

Sehr geehrter Herr Flierl,
sehr geehrter Herr Zirnsak,

wir befinden uns weltweit in einem historischen Ausnahmezustand: Das Corona-Virus und dessen gewaltige Auswirkungen sind die mit Abstand größte Herausforderung für unser Land seit dem Zweiten Weltkrieg.

Wir haben auf diese gewaltigen Herausforderungen schnell reagiert und bereits vor mehreren Wochen im Deutschen Bundestag ein erstes Paket zur Abfederung der damals schon absehbaren wirtschaftlichen Auswirkungen beschlossen. Unter anderem wurden dabei die Hürden für den Bezug von Kurzarbeitergeld deutlich abgesenkt.

Arbeitnehmer haben keinen Rechtsanspruch auf die Einführung von Kurzarbeit bzw. den Bezug von Kurzarbeitergeld. Und für Arbeitgeber besteht keine Verpflichtung, Kurzarbeit einzuführen. Die Einführung von Kurzarbeit erfolgt freiwillig.

Das Kurzarbeitergeld hat das vorrangige Ziel, in einer beispiellosen Krise wie derzeit, Massenentlassungen zu verhindern. Die Unternehmen, und dort gerade die kleinen und die mittelständischen Betriebe, müssen diese Krise auch erstmal überstehen – das muss oberstes Ziel sein!

Aus Sicht der IG Metall ist es also angeblich „inakzeptabel“ (so steht es allen Ernstes in Ihrem Offenen Brief), dass die Entlastung bei den Sozialversicherungsbeiträgen einseitig den Arbeitgebern zugutekommt, zumal die Sozialversicherungsbeiträge paritätisch von Unternehmen und Beschäftigten gezahlt werden.



Alexander Hoffmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 2 von 2 Seiten des Schreibens vom **06.04.2020**

Was die IG Metall leider unter den Tisch fallen lässt: Die Arbeitgeber sind während des Kurzarbeitergeldbezugs bereit, 100 Prozent der sonst hälftigen Sozialversicherungsbeiträge zu übernehmen, um ihr Personal halten zu können. Darüber hinaus werden auch bezahlter Urlaub, betriebliche Altersvorsorge, ein 13. Monatsentgelt/Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld und andere tarifliche Leistungen von den Arbeitgebern bezahlt. Und man sollte auch nicht unerwähnt lassen, dass die Sozialversicherungsbeiträge von den Arbeitgebern direkt an die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung weitergeleitet werden, damit die Kurzarbeiter weiterhin voll sozialversichert bleiben.

Das Instrument der Kurzarbeit ist eminent wichtig, um Massenentlassungen zu verhindern. Die EU-Kommission schlägt sogar vor, eine Art „Kurzarbeiter-Geld“ nach deutschem Vorbild europaweit auszuzahlen, um zigtausende Kündigungen zu verhindern. Und während in den USA innerhalb von nur zwei Wochen mehr als 10 (!) Millionen Menschen ihren Job verloren haben, fordern Sie, das Kurzarbeitergeld hierzulande von 60 (bzw. 67) auf 80 (bzw. 87) Prozent zu erhöhen? Dabei müssten Sie doch eigentlich wissen, dass wir in dieser Krise vorübergehende Hinzuverdienstmöglichkeiten geschaffen haben. So kann man in systemrelevanten Berufen hinzuverdienen, ohne dass das Kurzarbeitergeld gekürzt wird.

Betriebe, die ihren Geschäftsbetrieb massiv herunterfahren oder jetzt sogar oft vollständig einstellen mussten, haben kaum bzw. gar keine Einnahmen – aber einerseits nicht unerhebliche Fixkosten und andererseits die für die kurzarbeitende Belegschaft fortbestehenden Kosten. Noch einmal: Wir wollen Arbeitsplätze sichern und müssen dafür auch die Liquidität der Unternehmen erhalten. Das Geld fällt nicht vom Himmel. Wir werden zur Bewältigung dieser Krise jeden Euro brauchen. Und was nützt Kurzarbeitergeld von 80 Prozent, wenn die Existenz des Betriebes nicht mehr gesichert werden kann? Die Sicherung der Arbeitsplätze muss unser oberstes Gebot sein!

Sehr geehrter Herr Flierl,
sehr geehrter Herr Zirnsak,
ich kann daher nur an Sie und die gesamte IG Metall appellieren, den bislang so großen Zusammenhalt in dieser beispiellosen Ausnahmesituation nicht durch populistische Forderungen zu gefährden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr


Alexander Hoffmann, MdB